



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

KZ-Steinbruch „Wurmstein“ in Gedenkstättenkonzept integrieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die Bayerischen Staatsforsten, den bisherigen Pachtvertrag zum Granitabbau im Steinbruch „Wurmstein“ in Flossenbürg nach Ablauf des derzeitigen Pachtvertrags Ende 2024 nicht weiter zu verlängern oder einen neuen Pachtvertrag einzugehen.

Der ehemalige KZ-Steinbruch soll in die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg integriert werden. Dazu arbeitet die Staatsregierung gemeinsam mit der KZ-Gedenkstätte ein geeignetes Konzept aus.

Begründung:

Während der NS-Zeit betrieb das Konzentrationslager Flossenbürg den Steinbruch „Wurmstein“, in dem zehntausende Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in 12-Stunden-Tagen zum Granitabbau eingesetzt wurden. Neben anderen Lagern lässt sich auch das Konzentrationslager Flossenbürg unter dem Schlagwort „Vernichtung durch Arbeit“ charakterisieren. Der abgebaute Granit sollte den größtenwahnsinnigen Umbauplänen des NS-Regimes unter anderem für die Städte Berlin und München dienen.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Untergang des NS-Staates wurde der Steinbruch „Wurmstein“ weiterhin zur Granitgewinnung genutzt. Derzeit läuft noch bis Ende 2024 ein Pachtvertrag der Bayerischen Staatsforsten mit einer Granitfirma.

Anfang des Jahres kündigte die Staatsregierung durch den ehemaligen Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst Dr. Ludwig Spaenle an, den Pachtvertrag nicht weiter verlängern zu wollen. Stattdessen solle der Steinbruch in die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg integriert werden. Die Entwicklung eines Konzepts wurde im zuständigen Staatsministerium in Aussicht gestellt.

Entgegen anderslautender Presseberichte antwortete die Staatsregierung auf eine Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Verena Osgyan vom 09.07.2018, es gebe derzeit noch keine Entscheidung, ob der Granitabbau im ehemaligen KZ-Steinbruch „Wurmstein“ in Flossenbürg weiterbetrieben werden solle. Die „Frage einer möglichen Weiterverpachtung des Steinbruchs“ werde derzeit zusammen mit der „zukünftige Ausformung und Gestaltung der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg“ unter den beteiligten Ressorts ausverhandelt.

Nachdem der KZ-Steinbruch „Wurmstein“ wie wenig andere Orte in Bayern für die Ausbeutung und Vernichtung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im NS-Staat steht, scheint eine weitere kommerzielle Nutzung des Steinbruchs pietätlos. Als einziger Erinnerungsort liegt eine Integration in das Gedenkstättenkonzept nahe.